



NEWSLETTER 08/2017

FORUM | MIGRATION

Symbolfoto © Jasmin Merdan – Fotolia.com



Lehrer_innen und Muslime

Lehrer_innen in Deutschland haben zur Migration von Muslimen liberalere Ansichten als die Gesamtbevölkerung. Das ergab eine neue Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) und des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Allerdings gibt es auch Vorbehalte gegenüber Muslimen.

Demnach sind 76 % der aktiven Lehrkräfte der Auffassung, die islamische Kultur sei für Deutschland eine Bereicherung. Dieser Aussage stimmten insgesamt 54 % aller Befragten in der Gesamtbevölkerung zu. Den Satz „Muslime belasten das Sozialsystem“ hielten 10 % der Lehrer_innen für richtig – gegenüber 21 % der Gesamtbevölkerung. Doch die Studie „Vielfalt im Klassenzimmer“ zeigte auch Vorbehalte gegenüber Muslimen: Nur 61 % der befragten Lehrkräfte waren der Meinung, Muslime seien genauso bildungsorientiert wie Nichtmuslime. Auch seien die Leistungserwartungen von Lehrkräften für Kinder aus türkischstämmigen Familien etwa in den Fächern Mathematik und Deutsch geringer als für Kinder ohne Migrationshintergrund, sagte Petra Stanat vom BIM.

Es gebe Hinweise auf eine „selbsterfüllende Prophezeiung“, etwa weil Lehrer türkischstämmige Kinder im Unterricht geringfügig seltener aufrufen als Mitschüler_innen oder sich kürzer mit ihnen beschäftigen.

„Auch Lehrkräfte unterliegen Vorurteilen und Denkmustern“, sagt die GEW Vorsitzende Marlis Tepe Forum Migration. Deshalb müsse die Reflexion der eigenen Rolle Teil der Ausbildung sein. „In der Aus- und Fortbildung der Lehrer müssen wir ein Bewusstsein für die Vielfalt in den Klassenzimmern fördern“, sagt Tepe. „Wir müssen weg von der Betrachtung der Fehler oder Defizite von Schülerinnen und Schülern hin zu einer Stärkung ihrer Stärken und Ressourcen kommen.“ Auch das Angebot von Supervision und Zeit für kollegiale Beratung würde die Kolleginnen und Kollegen darin unterstützen, vorurteilsbewusst und diskriminierungssensibel zu handeln. Insgesamt brauche es bessere Rahmenbedingungen und mehr Ressourcen in der Bildung, damit pädagogische Fachkräfte adäquat auf migrationsgesellschaftliche Realitäten reagieren können. „Es ist gut, dass solche Studien diesen Bedarf verdeutlichen.“



Studie „Vielfalt im Klassenzimmer“: <http://bit.ly/2uAoK6L>

INHALT 08/2017

Lehrer_innen und Muslime	1
Der Hype half nicht	2
Wege aus der Informalität	2
Anerkennungs-News	2
1.500 Euro Gebühren für Nicht-Europäer	3
DGB kritisiert EU-Reformen zu mobiler Beschäftigung	3
Flüchtlinge kommen schneller in Beschäftigung	3
News + Termine	4
Menschenwürdige Arbeitsbedingungen sind ein zentraler Anreiz für Arbeitsmigration – Guy Ryder, Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation ILO	5



Porträt Anerkennung:

Nans Leidig, Auszubildende Möbeltischlerin aus Dänemark

Der Hype half nicht

Ihr sei schon klar, sagt Nans Leidig, dass sie Glück hat, aus Dänemark zu kommen. „Dieser Hype um dänische Möbel überall, der hat natürlich vieles leichter gemacht.“ Aber eben nicht leicht genug. Einst war die 34-Jährige in ihrer Heimat Kopenhagen Fernsehproduzentin. Eine gute Arbeit. „Aber viel zu viel Zeit, die ich in dunklen Schneideräumen vor dem Monitor saß.“ Sie wollte etwas Handwerkliches. Leidig gab den TV-Job auf und begann im Herbst 2015 eine Ausbildung als Möbeltischlerin. Das dänische Ausbildungssystem unterscheidet sich leicht von dem deutschen – vor allem in dem Punkt, dass die Auszubildenden außerhalb der Berufsschulphasen nicht in einem, sondern meist in mehreren Betrieben jeweils für einen Teil der 2,5-jährigen Ausbildung arbeiten. Und da begann das Problem: „Es gibt nicht genug Plätze“, sagt Leidig. Sechs Monate besuchte sie zunächst in Vollzeit eine Berufsschule. In dieser Zeit bekam sie dem Bafög vergleichbare Leistungen in Höhe von umgerechnet etwa 750,- Euro. Dann folgte ihr erster Ausbildungsbetrieb, Lohn umgerechnet etwa 1.300,- Euro. Sechs Monate arbeitete sie dort, wie in Dänemark üblich. „Danach habe ich nichts Neues mehr gefunden.“ Das Problem ist dem dänischen Bildungsministerium bekannt. „Die Regierung ermutigt deshalb Auszubildende zum Beispiel nach Deutschland zu gehen.“ In Leidigs Berufsschule gab es dafür einen eigenen Berater. Er wies unter anderem auf die staatlichen dänischen Wohn- und Reisekostenzuschüsse für dänische Azubis im Ausland hin. Die bekommt allerdings nur, wer einen Ausbildungsvertrag vorlegt. Leidig gefiel die Idee, die weiteren Stationen ihrer Ausbildung in Deutschland zu absolvieren. „Ich komme seit Jahren zu Besuch nach Berlin, habe hier mittlerweile einen Freundeskreis“, sagt sie. Im April 2017 zog sie nach Neukölln, schrieb sich auf eigene Kosten bei einer Deutsch-Schule ein. „Ich spreche ganz gut, aber ich bin trotzdem bei A1 eingestiegen, damit ich die ganze Grammatik lerne“, sagt sie. Dann machte sie sich auf die Suche nach einem Möbeltischlerbetrieb, zeigte den Meistern die Mappe mit Fotos ihrer Werkstücke. „Das Problem war, dass unser dänisches Modell hier total unbekannt ist“, sagt Leidig. Einen normalen Ausbildungsplatz, von null an, hatten ihr einige angeboten. „Aber ich wollte natürlich nicht von vorn anfangen, sondern mittendrin, ich habe ja schon viel gelernt. Das sollten sie anerkennen.“ In zwei bis drei Betrieben mit unterschiedlichen Schwerpunkten, für jeweils ein halbes Jahr – das will sie. Rechtlich gibt es diese Möglichkeit. Doch die meisten Betriebe hatten von solchen Kurzzeit-Ausbildungsverträgen noch nie gehört oder wollten sich darauf nicht einlassen. „Es sind sehr unterschiedliche Traditionen“, sagt Leidig. 40 Betriebe hat sie mittlerweile kontaktiert. Eine Zusage hat sie nicht, nur einige Wartelistenplätze. „Aber ich bin stur“, sagt Leidig.

Wege aus der Informalität

Nehmen wir einen algerischen Bäcker. Jahrelang hat er in seinem Herkunftsland gebacken, eine formale Ausbildung aber hat er nicht, denn die gibt es dort nicht. Dann kommt er nach Deutschland. Hier ist der Bäckerberuf genau reglementiert. Was nützt dem Mann hier, dass er weiß, wie man backt? Seit zwei Jahren versucht das Projekt Valikom auch Antworten auf diese Frage zu entwickeln.

„Anerkennung nach dem Berufsqualifizierungsgesetz ist auf formale Qualifikationen beschränkt“, sagt Valikom-Geschäftsführer Andreas Oehme. „Wir machen uns um diejenigen Gedanken, die nur informelle Qualifikationen haben.“ Zielgruppe sind dabei nicht nur Migranten.

Auf drei Jahre ist das Projekt angelegt. Ziel ist es, Menschen, die praktische Berufserfahrungen haben, ein Zertifikat auszustellen, das ihre Kenntnisse belegt. Das ist nicht nur wichtig, wenn es um Fragen der tariflichen Eingruppierung, sondern etwa auch um Weiterbildung geht. 160 Kandidaten hat Valikom über Beratungsstellen der acht angeschlossenen Kammerbezirke identifiziert. Mit ihnen beginnt in den nächsten Monaten die Erprobungsphase für das Zertifizierungsverfahren. 2018 soll das Projekt abgeschlossen sein. Am Ende soll ein nationales Validierungssystem stehen, wie es das EU-Recht verlangt.

Zurück zum Beispiel mit dem algerischen Bäcker: In dem Verfahren, das Valikom entwickelt hat, wurde er von einer Anerkennungsberatung auf die Möglichkeit, Kosten und Nutzen eines solchen Zertifikats aufmerksam gemacht. Erachtet er dies für seine berufliche Laufbahn für sinnvoll, bekommt er einen so genannten Selbsteinschätzungsbogen. Diesen erarbeitet Valikom derzeit für die Berufsbilder der 160 Interessent_innen aus

der Erprobungsphase. Weitere sollen folgen. Den füllt er begleitet von einem Berater oder einer Beraterin aus. Etwa zwei Stunden dauert dies. „Hier rechnen wir mit zwei Problemen“, sagt Oehme: „Die einen kreuzen zu wenig an, weil sie ihre Fertigkeiten zu niedrig einschätzen. Bei anderen ist es genau umgekehrt.“

Deshalb folgt als zweiter Schritt, etwa im Fall des Bäckers, ein Treffen des Antragstellers mit einem Bäckermeister. „Die würden dann ein Gespräch führen, bei dem der Meister dem Antragsteller erläutert, welche Anforderungen im Einzelnen hinter den angefragten Tätigkeiten im Selbsteinschätzungsbogen stecken.“ Das führe dann zu einer „realistischen Anpassung an das, was erwartet wird“, sagt Oehme.


Mit den so konsolidierten Angaben legt dann der Meister fest, welche Form der so genannten Fremdbewertung – der dritte Schritt – folgt. „Das kann etwa Probearbeit im Betrieb oder einem überbetrieblichen Bildungszentrum sein“, sagt Oehme, „ein Rollenspiel oder ein Fachgespräch“. Dieser Schritt sei identisch mit der Qualifikationsanalyse beim Anerkennungsgesetz. Die danach vom Prüfer formulierte Fremdbewertung wird dann gemeinsam mit der Selbsteinschätzung bei der Kammer eingereicht. Die stellt anschließend das Zertifikat über das Niveau der Kenntnisse aus. „Wenn die volle Gleichwertigkeit mit einem Abschluss nicht bescheinigt wird, sprechen wir Empfehlungen aus, wie sie erreicht werden kann“, sagt Oehme. Möglich wären dabei Arbeitstätigkeit oder Kurse bei Bildungsanbietern. Ob diese Zertifikate bei der tariflichen Bezahlung zwingend berücksichtigt werden müssen, „das ist Sache der Tarifpartner“, sagt Oehme.

 www.validierungsverfahren.de

Anerkennungs-News

Neu erschienen: Handreichung der OECD

Die OECD hat eine neue Handreichung zur Evaluierung und Anerkennung ausländischer Qualifikationen veröffentlicht. Die auch in englischer Sprache verfügbare, 90-seitige Broschüre stellt in überblicksartiger Form die wichtigsten Herausforderungen und empfehlenswerten politischen Praktiken bei der Förderung dauerhafter Integration von Zuwanderern dar. Sie basiert auf Vergleichen von Politiken in den einzelnen OECD-Ländern.

 www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/erfolgreiche-integration-evaluierung-und-anerkennung-auslandischer-qualifikationen_9789264278288-de

Neues Anerkennungs-Portal der TU Hamburg

Die Technische Universität Hamburg und die Inbas GmbH haben ein neues Internet-Portal für den Einstieg von Migrant_innen in den deutschen Arbeitsmarkt erstellt. Auf der in Deutsch und Arabisch verfügbaren Seite des Projekts „Hop On Newcomers“ können Migrant_innen sich unter anderem darüber informieren, was sie tun können, wenn sie über berufliche Erfahrungen, aber keinen anerkannten Berufsabschluss verfügen.

 <http://hopon-newcomers.com/de>



1.500 Euro Gebühren für Nicht-Europäer

Wer in Deutschland ein erstes, berufsqualifizierendes Studium absolviert, bezahlt dafür in der Regelstudienzeit nichts. Es sei denn, man stammt aus einem Land außerhalb der EU: Dann sollen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen ab dem kommenden Wintersemester 1.500 Euro Gebühren fällig sein. Rektor_innen fürchten um die „Internationalisierung“, ausländische Studierende wehren sich.

Die grüne Regierung in Baden-Württemberg hat es schon beschlossen, die GEW dort sprach von einer „beschämenden Hochschul-Maut“. Jetzt will Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen nachziehen. Studierende aus Entwicklungsländern sollen befreit werden können, alle anderen Nicht-Europäer sollen zahlen. Mit Einnahmen von „bis zu 100 Millionen Euro pro Jahr“ rechnet der FDP-Vorsitzende Christian Lindner. Die betroffenen Hochschulen bekommen von den Gebühren pro Semester 300 Euro, um neue Einstiegskurse, Coachings oder Mentorenprogramme zu organisieren. Der

Rest des Geldes soll in den Haushalt des Landesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst fließen.

Die Rektor_innen befürchten, dass die Gebühren exzellente Studierende aus dem Ausland abschrecken könnten. „Die Universitäten haben sich in den letzten Jahren verstärkt um Internationalisierung bemüht. Diese Aktivitäten sollten nicht ausgebremst werden“, sagt der Rektor der Universität Bielefeld, Prof. Gerhard Sagerer. „An den Musikhochschulen in NRW sind im Schnitt etwa 30 Prozent der Studierenden aus dem Nicht-EU-Ausland“, sagt Thomas Grosse, Rektor an der Hochschule für Musik Detmold und Sprecher der Landesrektorenkonferenz der Kunst- und Musikhochschulen in NRW. „Diese exzellenten Leute zu verlieren, wäre eine Schwächung für die Kunst- und Musikhochschulen in NRW.“

Die ausländischen Studierenden werden noch deutlicher. Ihr Bundesverband BAS ruft unter dem Hashtag #whatthefee zu einer Social Media-Kampagne gegen

die Gebühren auf. „Ausländische Studierende sind sowohl ein volkswirtschaftlicher Gewinn, als auch ein Gewinn für die öffentliche Hand“, sagt BAS-Sprecherin Maimouna Ouattara. Ihre Anwesenheit habe positive Effekte auf den Wissenschaftsstandort, sie internationalisiere die Hochschulen, ver helfe den deutschen Kommiliton_innen zu wertvollen Erfahrungen.

„Studiengebühren für ausländische Studierende senden ein Signal in die Welt: Wir wollen Euch nicht! Wenn Ihr dennoch kommt, dann werdet Ihr nur aufgrund Eures mitgebrachten Geldes geduldet“, sagt Younouss Wadjiny, Referent für Integration und Antidiskriminierung des BAS. Willkommenskultur für angeblich dringend benötigte Fachkräfte sehe anders aus. Die FDP versuche auf dem „billig durchschaubaren fremdenfeindlichen Trend“ Punkte für die Bundestagswahl zu sammeln, sagte Wadjiny.

Kampagnenseite des Bundesverbandes ausländischer Studierender: <http://wtf.bas-ev.de/>

DGB kritisiert EU-Reformen zu mobiler Beschäftigung

Der DGB hat sich gegen zwei Reformvorhaben der EU gewandt, die die Bedingungen für Spezifikationen und Bauunternehmen zu Lasten der Beschäftigten verändern.

Mit ihrem so genannten Mobilitätspaket für den europäischen Straßentransport will die EU-Kommission unfaire Praktiken im europäischen Straßentransport beseitigen. Tatsächlich werde die von Kommissionspräsident Juncker beschworene Stärkung der Sozialen Dimension „gnadenlos der Liberalisierung des Binnenmarktes untergeordnet“, sagte DGB Vorstandsmitglied Stefan Körzell. LKW-Fahrer würden aus dem Anwen-

dungsbereich der Entsenderichtlinie herausgenommen. „Es gibt kein vernünftiges Argument, warum bei einer Entscheidung im internationalen Straßentransport, die kürzer als drei Tage dauert, nicht der Mindestlohn, allgemein verbindliche Tarifverträge und Urlaubsvorschriften des Ziellandes greifen sollen“, so Körzell. Ähnlich kritisch ist der Blick auf die neue „Dienstleistungskarte“ der EU-Kommission. Mit der Dienstleistungskarte will es die EU-Kommission Bau- und Dienstleistungs-Unternehmen erleichtern, in anderen EU-Ländern tätig zu werden. Die Unternehmen müssen dann nur noch gegenüber ihrem Herkunftsland – und unter erleichterten Bedingungen – darlegen, dass sie die notwendigen Voraus-

setzungen erfüllen. Die Behörden des Landes, in dem das ausländische Unternehmen tätig werden will, müssen den Antrag binnen kurzer Fristen prüfen oder ihn einfach akzeptieren. Dies sei „Einfallstor für betrügerische Unternehmen und Sozialdumping“, sagte Körzell. Ausländische Unternehmen wären künftig nicht mehr verpflichtet, gegenüber Behörden im Inland nachzuweisen, dass sie die dort geltenden Voraussetzungen erfüllen. Örtliche Behörden werden unter Druck gesetzt, „quasi jeden ausländischen Anbieter zu akzeptieren“. Die Karte werde den Wettbewerb „noch unsozialer gestalten“.

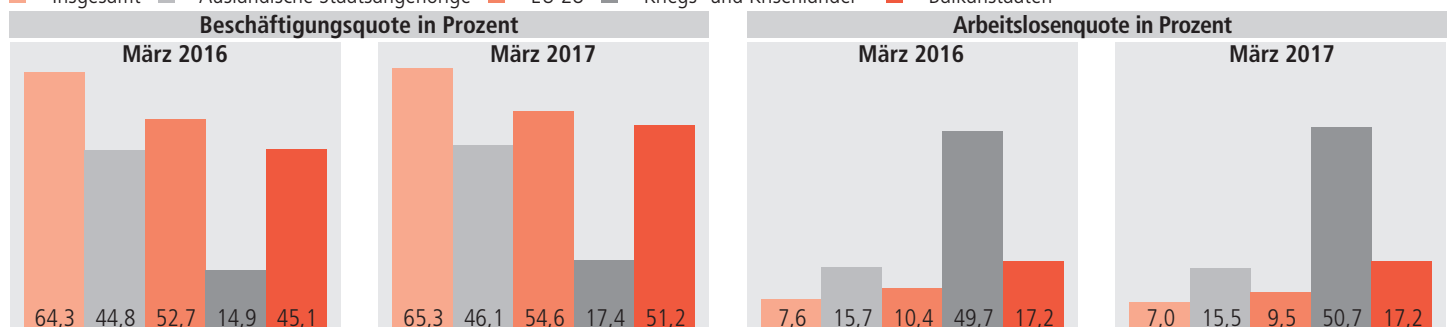
<http://bit.ly/2v2GomX> und <http://bit.ly/2eZJ5X>

Flüchtlinge kommen schneller in Beschäftigung

Erwerbsquote steigt aktuell stärker als in der Gesamtbevölkerung

Arbeitsmarkindikatoren nach ausgewählten Staatsangehörigkeitsgruppen

■ = Insgesamt · ■ = Ausländische Staatsangehörige · ■ = EU 28 · ■ = Kriegs- und Krisenländer* · ■ = Balkanstaaten**



* Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia, Syrien · ** Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Serbien

Quelle: DGB Daten und Fakten zur Flüchtlingspolitik Juni 2017, nach Zahlen der Bundesagentur für Arbeit



News + Termine

Italien will „Verhaltenskodex“ für Seenotrettungs-NGOs im Mittelmeer

Italien hat einen so genannten Verhaltenskodex für die zivile Seenotrettung vorgelegt. Rettungsorganisationen, die den Kodex nicht unterzeichnen, soll die Anlandung in italienischen Häfen untersagt werden können. Er verpflichtet die NGOs, unter anderem keine Lichtsignale einzusetzen, die ermöglichen, Booten in Seenot den Standort von Rettungsbooten anzuzeigen. Die NGOs sollen gerettete Bootsflüchtlinge sogleich in einem sicheren Hafen ausschiffen anstatt den Transfer auf ein anderes Rettungsboot vorzunehmen. Das würde wichtige Rettungskapazitäten für längere Zeit aus den Einsatzgebieten abziehen. Weiter sollen sie Polizeibeamte an Bord lassen und alle ermittlungsrelevanten Informationen an die italienischen Polizeibehörden weitergeben. Der Kodex sei „alarmierend und reiht sich in die Diffamierungskampagne der letzten Monate gegen zivilgesellschaftliche Rettungsorganisationen ein“, sagt Pro Asyl. Die Vorschläge stellen eine empfindliche Behinderung von Rettungseinsätzen dar – um die Ankunft von Flüchtlingen zu verhindern, werden weitere Tote in Kauf genommen. Rund 40 Prozent der Seenotrettungseinsätze werden derzeit von privaten Organisationen durchgeführt. Trotz ihres Einsatzes kamen 2017 bislang über 2.300 Menschen im zentralen Mittelmeer ums Leben.

<https://www.proasyl.de/news/sie-nennen-es-verhaltenskodex-eu-will-zivile-seenotrettungsorganisationen-an-die-kette-legen/>

11 Jahre AGG

In einem Fachtag befasste sich ver.di mit dem seit elf Jahren gültigen Antidiskriminierungsgesetz (AGG). Ein Schwerpunkt war die im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) durchgeführte Evaluation, die die Wirkung und den Reformbedarf des AGG untersuchte. Christine Lüders, Leiterin der ADS begrüßte die mit dem AGG verbundenen Entwicklungen: „Diskriminierung im Arbeitsleben ist heute klar geächtet und wird zunehmend offen thematisiert.“ Weiterhin sagte Lüders: „Die Einführung des AGG war ein Meilenstein.“

<https://arbeitsmarkt-und-sozialpolitik.verdi.de/ueber-uns/nachrichten/++co++abd4ca48-653c-11e7-86a9-525400ff2b0e>

OECD: Migration nach Deutschland „normalisiert sich“

Nach dem rasanten Anstieg der Zuwanderungszahlen in Deutschland in den vergangenen Jahren normalisiert sich die Lage nach Einschätzung der OECD allmählich. Für 2017 zeichne sich hier eine Entspannung ab, sagte der OECD-Migrationsexperte Thomas Liebig. Sowohl beim Zugang von Asylsuchenden als auch beim Zuzug von Menschen aus anderen EU-Staaten sei der Zenit wohl vorerst überschritten. Deutschland habe sich aber als Einwanderungsland etabliert und halte sich hier auf Platz zwei der OECD-Länder – hinter den USA. Derweil wurden im ersten

Halbjahr 2017 90.389 Asylsuchende in Deutschland registriert. Diese kamen vor allem aus Syrien, Irak, Afghanistan und Eritrea. Im ersten Halbjahr 2016 waren noch etwa doppelt so viele Asylsuchende nach Deutschland gekommen, im zweiten Halbjahr 2015 sogar mehr als achtmal so viele. Gleichzeitig ist Deutschland derzeit das Land mit den meisten „geförderten Rückkehrern“ durch die IOM. Rund 54.000 Menschen verließen das Land mit einer Unterstützung durch die Organisation um ihrer Abschiebung zuvorzukommen – das waren mehr als die Hälfte aller geförderten IOM-Rückführungen weltweit.

http://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/international-migration-outlook-2017_migr_outlook-2017-en

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/07/asylantraege-juni-2017.html>

<http://www.iom.int/news/un-migration-agency-helps-nearly-100000-migrants-return-and-reintegrate-2016>

Proficlubs haben 800 Geflüchtete eingebunden

Im Frühjahr 2015 startete das Projekt „Willkommen im Fußball“ mit dem Ziel, durch offene Trainingsangebote jungen Geflüchteten einen Weg in die Gesellschaft zu ermöglichen. Dabei setzt das Programm auf Bündnisse bestehend aus einem Profiverein der Bundesliga oder 2. Bundesliga, einem Amateurverein und einem sozialen Träger. Mittlerweile engagieren sich bundesweit 24 Bündnisse, fast 100 Organisationen beteiligen sich am Programm. Neben den Profivereinen und Amateurvereinen zählen Stiftungen, Jugendhilfeträger oder kommunale Akteure zum Netzwerk. Jede Woche werden mehr als 65 Trainingseinheiten umgesetzt und rund 800 junge Geflüchtete eingebunden. Die Spieler und Spielerinnen sind zwischen vier und 30 Jahre alt und kommen vor allem aus Syrien, Afghanistan, Irak.

<http://www.presseportal.de/pm/114440/3673765>

Neu erschienen I:

Was waren und sind die Spezifika der Antirassismussarbeit in Deutschland, wie sind die Debatten der vergangenen Jahrzehnte verlaufen? „Reden über Rassismus in Deutschland“ gibt einen Überblick. Die Journalistinnen und Journalisten Arno Frank, Doris Akrap, Anna Böcker, Lalon Sander und Hengameh Yaghoobifarah diskutieren kontrovers, wie sinnvoll der Ansatz der Kritischen Weißseinsforschung für die Rassismusdebatte in Deutschland ist.

Sanem Kleff und Mark Terkessidis, „Reden über Rassismus in Deutschland“, Herausgeber: Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Aktion Courage e.V., Berlin 2017, ISBN 978-3-933247-68-1, 2,95 Euro inkl. Versand.

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/reden-ueber-rassismus-in-deutschland/>

Neu erschienen II:

Das Dossier „Welcome to Germany VI – Arbeitsmarktintegration“ der Heinrich-Böll-Stiftung thematisiert die gegenwärtigen gesetzlichen Rahmenbe-

dingungen, fasst aktuelle wissenschaftliche Studien zusammen und macht deutlich, wo Handlungsbedarf besteht, damit Menschen mit Fluchterfahrung faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommen.

<https://heimatkunde.boell.de/dossier-arbeitsmarktintegration>

Neues Portal für russischsprachige Zuwanderer

Eine der größten Zuwanderungsgruppe aus Nicht-EU-Staaten sind junge Menschen aus russischsprachigen Ländern. Insbesondere im Bereich des Ehegattennachzugs besteht hier ein erheblicher Beratungsbedarf. Die Onlineberatung der Jugendmigrationsdienste wurden deshalb nun um ein russischsprachiges Angebot erweitert. Dort können sich ab sofort junge Menschen noch vor ihrer Migration nach Deutschland auf Russisch beraten lassen.

<http://putjwgermaniju.org>

Mentor_innenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt Nord

Teil I: 01. bis 02. September 2017

Teil II: 15. bis 16. September 2017

Veranstaltungsort: Hannover

Sachsen und Berlin-Brandenburg

Teil I: 15. bis 16. September 2017

Teil II: 22. bis 23. September 2017

Veranstaltungsort: ARBEIT UND LEBEN Sachsen, Geschäftsstelle Dresden

Bayern/Baden-Württemberg

Teil I: 06. bis 07. Oktober 2017

Teil II: 13. bis 14. Oktober 2017

Veranstaltungsort: DGB Bildungswerk Bayern, München

Grundlagenseminar im Rahmen der Ausbildung zur betrieblichen Fachkraft Anerkennung

03. bis 08. September 2017

Veranstaltungsort:

IG BAU Bildungsstätte Steinbach/Taunus

Aktive im Themenfeld Migration gewinnen: Mit Medieneinsatz mobilisieren, weiterbilden, organisieren

07. September 2017

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Düsseldorf

Mediale Sprache und Vielfalt

19. September 2017

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Düsseldorf

Unterstützung von Auszubildenden mit Fluchterfahrung im Betrieb

04. bis 05. Oktober 2017

Veranstaltungsort: Ökohaushaus Frankfurt

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:
<http://bit.ly/1Jv9okq>



Menschenwürdige Arbeitsbedingungen sind ein zentraler Anreiz für Arbeitsmigration



© Foto: Marcel Crozet / ILO

Kommentar von Guy Ryder, Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation ILO

Wir stehen in diesen Monaten an einem Wendepunkt. Jetzt entscheidet sich, wie in der Zukunft Migration und menschliche Mobilität geregelt sein werden. Im kommenden Jahr wird das erste umfassende, globale Abkommen über die Migration entwickelt – der Global Compact on Migration der UN.

Es liegt jetzt an uns: Können wir in fünf oder zehn Jahren sagen, dass dieses Abkommen die Lage für die Menschen ändert, die an unseren Küsten ankommen und dort Schutz und Sicherheit suchen? Verbessert es das Leben derer, die in andere Länder ziehen, um dort ihren zukünftigen Lebensunterhalt zu finden?

Der allergrößte Teil der Mobilität, die wir heute in der Welt beobachten können, ist die Suche nach menschenwürdiger Arbeit. Sie ist der Grund für die Migration von etwa 150 Millionen Menschen. 74 Prozent aller Migranten sind im erwerbsfähigen Alter. Zu begreifen ist die Bedeutung dieser Zahlen nur vor dem Hintergrund der zunehmenden globalen Arbeitslosigkeit. Sie wird in diesem Jahr 200 Millionen Menschen betreffen. Die Migrationstrends, die wir heute sehen, werden sich deshalb in Zukunft verstärkt fortsetzen.

Das bedeutet: Wenn in der Zukunft alle Beteiligten von dieser Mobilität profitieren sollen, müssen wir heute die richtigen politischen Entscheidungen treffen. Finden wir Wege, um das Leben und die Arbeitsbedingungen von Frauen und Männern, von Wanderarbeitern und unserer Jugend zu verbessern? Können wir die Strukturen ändern, die dem fairen Austausch von Wohlstand für alle Gesellschaften behindern?

Können wir den giftigen, fremdenfeindlichen Tonfall aus der öffentlichen Debatte beseitigen?

Die ILO ist eine drittelparitätische Organisation. Als solche wissen wir, dass Wirtschaft und Arbeitnehmer gemeinsam wichtige Beiträge für diese politischen Prozesse leisten können. Sie wissen, was notwendig ist um die Produktivität und Integration des Arbeitsmarktes zu stimulieren.

Auf der Internationalen Arbeitskonferenz der ILO im Juni kamen Delegierte aus über 170 Ländern zusammen. Sie fanden einen klaren Konsens darüber, was heute nötig ist, um die Migration gerechter und effektiver zu regeln. Denn Arbeitsmigration, das steht fest, kann allen viele Vorteile bringen, wenn die damit verbundenen ordnungspolitischen Herausforderungen angegangen werden. Die Sozialpartner von Anfang an einzubeziehen spielt dabei eine Schlüsselrolle. Nur so kann Migration wirksam gesteuert werden. Der Sozialdialog ist deshalb auf internationaler Ebene zu fördern.

Regulatorische Lücken müssen geschlossen werden, um hohe Kosten für Arbeitsvermittlung zu vermeiden oder missbräuchliche und betrügerische Anwerbungspraktiken zu beseitigen und Menschenhandel und Profitstreben zu bekämpfen. Eine Politik, die Menschenrechte und Arbeitsnormen ignoriert, ist für Wanderarbeiter, Unternehmen und die betroffenen Länder mit hohen Risiken und Kosten verbunden. Beschäftigungspolitik muss deshalb gleichermaßen die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes erfüllen und die Rechte aller Wanderarbeitnehmer an ihrem Arbeitsplatz garantieren.

Wir wissen aus Erfahrung, dass wir in dieser Frage das nötige Gleichgewicht keineswegs erreicht haben. In einer ganzen Reihe von Bereichen bleiben

Lücken, denen wir uns widmen müssen. Eines davon ist die Beseitigung der hohen Kosten und Rekrutierungsgebühren, die von Wanderarbeitnehmern gezahlt werden. Diese Kosten können teilweise die Höhe eines Jahresgehaltes erreichen und damit zum Menschenhandel führen. Dagegen wendet sich die jüngst von uns verabschiedete ILO-Richtlinie für die Faire Anwerbung. Sie muss konsequent umgesetzt werden.

Qualifikationen und Berufserfahrung von Migrantinnen und Migranten sollten rasch anerkannt werden, damit diese ihr volles Potenzial entfalten können. Ein wichtiger Weg dazu ist, über die internationalen Migrationskorridore hinweg daran zu arbeiten, Kompetenzerkennungsmechanismen aufzubauen. Dies würde dazu beitragen, die Produktivität der Unternehmen zu unterstützen und bietet gleichzeitig das Potenzial für die Öffnung regulärer Migrationskanäle. Mit solchen Maßnahmen die Existenz- und Arbeitsbedingungen von Migranten zu verbessern, ist heute die Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

